

# Heime

Interview mit Otto B. Ludorff, Vorsitzender des Bundesverbandes der kommunalen Senioren- und Behinderteneinrichtungen (BKSB)

## „Die Kommunalen haben die Zeichen der Zeit erkannt!“

Sind die kommunalen Pflegeeinrichtungen hierzulande eigentlich vom Aussterben bedroht? CAREkonkret sprach mit Otto B. Ludorff, Vorsitzender des Bundesverbandes der kommunalen Senioren- und Behinderteneinrichtungen (BKSB) und Geschäftsführer der Sozial-Betriebe-Köln (SBK).

**CAREkonkret:** Bei einem näheren Blick auf die Ergebnisse der aktuellen Pflegestatistik drängt sich eine Frage geradezu auf: Muss man sich um die kommunalen Anbieter ernsthaft Sorgen machen?

**Otto B. Ludorff:** Ernsthaft Sorgen machen nicht unbedingt. Beim Blick auf die Zahl der Pflegeplätze und der Pflegeeinrichtungen in Deutschland stellen wir aber natürlich fest, dass wir innerhalb des letzten Jahrzehnts durchaus Federn gelassen haben. Man kann allerdings auch sehen, dass sich der Rückgang in den vergangenen zwei, drei Jahren schon wieder abgeflacht hat. Die Kommunalen haben also die Zeichen erkannt und in der Zwischenzeit viel getan.

**CAREkonkret:** Ihr Optimismus in allen Ehren: Für mich spricht die unlängst veröffentlichte „Pflegestatistik 2011“ eine andere Sprache. Im Dezember 2011 gab es hierzulande 12 354 Pflegeheime – davon waren ganze 635 in kommunaler Trägerschaft. Damit haben die Ihrem Verband angeschlossenen Einrichtungen so gerade noch die Fünf-Prozent-Hürde genommen. Und das auch nur, weil Sie in Bayern mit 9,7 Prozent und in Baden-Württemberg mit 9,1 Prozent weit über dem Schnitt liegen. Ärgert Sie ein solcher Wert eigentlich? Oder sagen Sie sich: Naja, das hätte ja durchaus noch schlimmer kommen können...

**Ludorff:** Nein, so ein Wert ärgert mich nicht. Wir gucken gar nicht so sehr auf die Statistiken, sondern eher

auf die gute Arbeit, die wir leisten. Historisch gesehen gibt es, und da haben Sie Recht, einige Bundesländer, in denen die Kommunalen stärker sind. Aber man kann nicht nur die nackten Zahlen, sondern muss die Gesetzeslage sehen. Es gilt hierzulande das Subsidiaritätsprinzip. Danach dürfen kommunale Einrichtungen streng

genommen nur dann in Betrieb gehen, wenn Private und Wohlfahrtsverbände dort kein Angebot machen. Das ist sozusagen die Hürde, die wir vor Ort immer wieder überspringen müssen. Historisch haben wir die übersprungen, da gibt es Bestandsschutz. Aber neue Einrichtungen gehen deshalb allein aufgrund der Gesetzeslage kaum noch an den Markt.

**CAREkonkret:** Auch wenn man diese Tatsache in Rechnung stellt: Der Anteil der kommunalen Anbieter an der Gesamtzahl der Heime ist in Deutschland chronisch rückläufig. Sieht man sich die erste Pflegestatistik aus dem Jahr 1999 an, da hatten die Kommunalen immerhin noch einen Anteil von 8,5 Prozent. Seither ist die Kurve von Statistik zu Statistik heruntergegangen: Acht Prozent 2001, sieben Prozent 2003, sechs Prozent 2007 und 5,1 Prozent 2011. Lässt sich ein solcher Trend eigentlich noch irgendwie stoppen? Oder wird es bald heißen: Das war's jetzt, der Letzte macht das Licht aus, es gibt keine kommunalen Heime mehr...?

**Ludorff:** So schlimm wird es nicht kommen. Aber wir kennen diese Statistiken natürlich und müssen die Ursachen betrachten. Klar ist eines: die kommunalen Einrichtungen mussten in der Vergangenheit unter Rahmenbedingungen arbeiten, die dazu führten, dass sie häufig Defizite erwirtschaftet haben. Im Moment befinden wir uns in einer Art Zwischenphase. Auf der einen Seite lastet das Thema ‚Kosten und Tarifbindung‘ weiterhin auf uns. Auf der anderen Seite stellt die gesamte Branche fest, dass gutes Personal auch nur noch mit gutem Geld zu haben ist. Auch die nicht kommunalen Einrichtungen müssen jetzt, was die Personalkosten angeht, wohl oder übel nachziehen. Wir haben da bisher unter Kostengesichtspunkten einen Riesennachteil, leiden aber andererseits auch nicht unter einem Mangel an qualifiziertem

Personal. Bei den Privaten liegt das Tarifgefüge 20 bis 30 Prozent unterhalb des kommunalen Tarifs – was die kommunalen Anbieter natürlich teurer macht und ihre Marktposition weiter verschlechtert. Deshalb fordern wir auch einen einheitlichen Tarif für die Pflege, um diese Wettbewerbsnachteile zu überwinden.



Verschwendet an das Ende städtischer Pflegeheime keinen Gedanken:

Otto B. Ludorff, Vorsitzender des Bundesverbandes kommunaler Senioren- und Behinderteneinrichtungen (BKSB).

Foto: Archiv

**CAREkonkret:** Trotz des zunehmenden Abdriftens der kommunalen Heime in eine Art Bedeutungslosigkeit gilt ja festzustellen: Es gibt noch immer einige Städte und Gemeinden, die die stationäre Altenpflege weiterhin als eine originär kommunale Aufgabe begreifen und bundesweit für ihre Arbeit hochgeschätzt werden. Ich nenne stellvertretend nur mal drei Namen: München-Stift, Bremer Heimstiftung, Sozial-Holding Mönchengladbach ...

**Ludorff:** Ich könnte durchaus noch ein paar mehr nennen. Aber ihr Einwurf deutet ja darauf hin: Wenn man ein vernünftiges Konzept hat, dazu eine kompetente Führung und auch die Politik die Einrichtung am langen Zügel lässt – dann können die Kommunalen aller Skepsis zum Trotz richtig gute Ergebnisse erzielen.

**CAREkonkret:** Aber hängen solche Erfolge nicht immer an bestimmten Köpfen? Wenn ich mir die drei genannten Unternehmen angucke, gab's bzw. gibt's da die Herren Peter, Künzel, Wallrafen-Dreisow. Brauchen die Kommunalen nicht viel mehr Vordenker solchen Kalibers, um in der Öffentlichkeit als kreativ und innovativ wahrgenommen zu werden statt als verschnarcht und von gestern?

**Ludorff:** Natürlich. Wir brauchen Persönlichkeiten, die einfallsreich sind, die durchsetzungsstark sind, die etwas von ihrer Arbeit verstehen. Wir brauchen aber auch die Rahmenbedingungen dafür, dass sich solche kreativen Köpfe entfalten und im politischen Umfeld agieren können. Wenn uns das besser gelingt, geht es mit den Kommunalen auch wieder aufwärts.

**CAREkonkret:** Ich rede aber erst einmal weiter über einen Abwärtstrend – der ist ja nicht wegzudis-

kutieren. Dieser liegt vielleicht auch darin begründet, dass die Kommunalen den Trend zum Ambulanten mehr oder weniger verschlafen haben. Im ambulanten Sektor hatten die kommunalen Anbieter im Jahr 2011 einen Anteil von gerade einmal 1,4 Prozent – im Jahr 2009 sah das mit 1,6 Prozent nur unwesentlich besser aus. Da haben Sie ein massives Problem, oder?

**Ludorff:** Ja, auch das ist in erster Linie historisch bedingt – von ‚verschlafen‘ würde ich deshalb nicht reden. Die Kommunalen sind traditionell dem stationären und teilstationären Bereich verhaftet, der ambulante Bereich war nie unser Kerngebiet. Jetzt müssen wir uns mehr damit beschäftigen. Wir tun dies auch. Und stellen fest, dass die Rahmenbedingungen dort noch um ein Vielfaches schlechter sind als im stationären Bereich. Tarifgehalt zu zahlen oder sich etwa in Sachen Arbeitszeit an Gesetz und Recht zu halten – all das ist im ambulanten Sektor komplizierter als im stationären. Es ist ja allgemein bekannt, dass der ambulante Bereich chronisch unterfinanziert ist. Deshalb haben sich viele kommunale Einrichtungen bisher nicht in dieses Feld hineinbegeben.

**CAREkonkret:** Aber spätestens mit Einführung der Pflegeversicherung und der Propagierung des Grundsatzes ‚Ambulant vor stationär‘ hätten sich die Kommunalen allen Widrigkeiten zum Trotz doch verstärkt mit der ambulanten Pflege beschäftigen müssen. Aber so richtig scheinen sie es nicht getan zu haben. In Nordrhein-Westfalen werden lächerliche 0,9 Prozent der ambulanten Pflegedienste kommunal betrieben. Ich will ja nicht unverschämter erscheinen – aber fünf bis zehn Prozent kommunaler Anteile

dürften es in einem solch bedeutenden Land schon sein, oder? **Ludorff:** Ich würde das natürlich sehr begrüßen. Wir in Köln, wo ich ja als Geschäftsführer der Sozial-Betriebe-Köln selbst Verantwortung trage, haben seinerzeit auch einen kommunalen ambulanten Pflegedienst gegründet und diesen Stück für Stück ausgebaut. Die Rahmenbedingungen aber, ich habe sie schon angesprochen, geben mittlerweile großen Anlass zur Besorgnis. Ob wir das in der bisherigen Form so weiterführen können, werden wir sehen.

**CAREkonkret:** Nichtsdestotrotz hat BKSB-Vorstandsmitglied Sabine Bergmann-Dietz auf dem Bundeskongress Ihres Verbandes im Oktober vergangenen Jahres angekündigt, man wolle sich nun verstärkt dem ambulanten Bereich widmen. Was soll konkret passieren?

**Ludorff:** Der ambulante Bereich besteht ja nicht nur aus ambulanten Pflegediensten. Dazu gehören etwa auch Wohngemeinschaften oder niedrigschwellige Angebote im Viertel. In der Nachbarschaft, der Großstadt oder auf dem Land möchten wir über kurz oder lang der natürliche Ansprechpartner der Bürger werden für Fragestellungen, die sich aus Alter und Pflege ergeben. Das ist unsere Zielrichtung.

**CAREkonkret:** Das klingt durchaus optimistisch und vorwärtsgerichtet. Angenommen, wir wären in der Geschichte schon zwei Jahre weiter und die ‚Pflegestatistik 2013‘ läge auf dem Tisch: Würden die Kommunalen dann ein bisschen glücklicher dreinblicken als heute oder müssten wir Journalisten schon einen ersten Abgesang formulieren?

**Ludorff:** Ein Abgesang auf kommunale Pflegeanbieter? Nein, daran verschwende ich keinen Gedanken, so weit wird es nicht kommen. Im Gegenteil. Wir sind weltanschaulich ungebunden und im lokalen Umfeld gut vernetzt, bezahlen unsere Mitarbeiter angemessen und sind gemeinnützig. Ich finde, das ist eine sehr gute Grundlage, um vor Ort an der Bewältigung der Herausforderungen einer alternden Gesellschaft auch in Zukunft mitzuwirken. //

Interview: Holger Jenrich

### INFORMATION

www.die-kommunalen.de